

Entschließungsantrag
gemäß § 26 GOG-NR

XXIII. GP.-NR
238 /A(E)
05. Juni 2007

der Abgeordneten Ing. Westenthaler
Kolleginnen und Kollegen
betreffend der Absicht von Tschechien und Polen auf bilateraler Ebene ein US-Raketenschild auf dem Boden der EU stationieren zu lassen

Die USA planen die Installation eines Raketenabwehrsystems an Standorten in Tschechien und Polen. In Tschechien soll die Radaranlage stehen und in Polen eine Abschussbasis für zehn Abfangraketen errichtet werden. Dieser Raketenschild soll sich speziell gegen die Bedrohung durch Raketen aus Staaten wie dem Iran richten.

Während mit der Kleinstadt JINCE in Mittelböhmen zumindest ein möglicher Standort in Tschechien bereits feststeht, sind in Polen noch viele Orte in Diskussion. Obwohl Befragungen der unmittelbar betroffenen Bevölkerung in Tschechien eindeutig eine Ablehnung der in Tschechien geplanten Radaranlagen dieses so genannten Raketenschildes ergeben haben, will die Tschechische Regierung keine Volksabstimmung darüber abhalten, sondern die Zustimmung durch das Parlament genehmigen lassen. Auch in Polen steht die Entscheidung noch aus.

Da Russland diesen geplanten Raketenschild als Bedrohung seiner Sicherheit betrachtet, kommt aus Moskau entschiedene Ablehnung zu diesem Plan. Diese Ablehnung hat am Dienstag den 29. Mai bei einem Test einer neuen ballistischen Interkontinental-Rakete seinen bisherigen Höhepunkt erreicht. Präsident Putin warnte davor, „Europa in ein Pulverfass zu verwandeln und mit neuen Waffen voll zu stopfen“. Dies schaffe neue unnötige Risiken für das gesamte System internationaler und europäischer Beziehungen.

Hinsichtlich dieser Spannungen, die Erinnerungen an die Zeiten des Kalten Krieges aufkommen lassen, müssen auf europäischer Ebene Schritte gesetzt werden, um auf Tschechien und Polen einzuwirken, damit diese beiden EU-Mitgliedstaaten ihre Haltung im Bezug auf den geplanten Raketenschild überdenken. Anstatt bilateraler Abkommen, die nicht-europäischen Staaten die Stationierung von Raketensystemen auf europäischem Boden ermöglichen, sollten Tschechien und Polen dazu bewegt werden, sich mehr im Rahmen der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ Europas zu engagieren.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten nachfolgenden

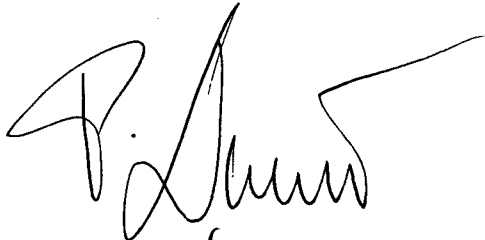
Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundeskanzler wird aufgefordert, den derzeitigen EU-Ratsvorsitz zu ersuchen, das Thema Raketenschild auf die Tagesordnung des Europäischen Rates zu setzen, um dort Tschechien und Polen um einen Bericht über den aktuellen Stand des Projektes zu ersuchen und darauf hinzuwirken, diese geplanten bilateralen Abkommen mit den USA zu überdenken.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den außenpolitischen Ausschuss beantragt.

Wien, 5. Juni 2007


Verfasser
S. Linnich
